

Menschenhändler vor dem Obersten Gericht

Aus dem Urteil des Obersten Gerichts vom 2. August 1961
— 1 Zst (I) 2/61 — gegen Adamo und andere

I

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges wurden der deutsche Faschismus zerschlagen und die Voraussetzungen für eine friedliebende und demokratische Entwicklung in ganz Deutschland geschaffen. Um diese Entwicklung zu verhindern, hintertrieb das internationale Monopolkapital, an der Spitze das USA-Monopolkapital mit seinem westdeutschen Juniorpartner, die Erfüllung des Potsdamer Abkommens. Da es ihnen dank der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion nicht möglich war, die demokratische Entwicklung in ganz Deutschland aufzuhalten, griffen sie zu dem Mittel der Spaltung Deutschlands. Sie verfolgten damit das Ziel, das Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik von seinen natürlichen wirtschaftlichen Basen der Grundstoffindustrie im Westen Deutschlands abzutrennen, um damit den ökonomischen Zusammenbruch unseres Staates herbeizuführen.

Bei gleichen ökonomischen Bedingungen wäre jeder bürgerliche Staat nach diesem schweren Schlag über kurz oder lang zusammengebrochen. Unter Führung der Arbeiterklasse unternahmen die Werktätigen heroische Anstrengungen und durchkreuzten mit Hilfe der Sowjetunion und des ganzen sozialistischen Lagers diesen gemeinen Anschlag auf die demokratische und friedliche Entwicklung. Heute ist die Deutsche Demokratische Republik die fünftstärkste Industriemacht in Europa.

Die westdeutschen Imperialisten und Revanchepolitiker haben keine Lehren aus der Geschichte gezogen und versuchen mit allen Mitteln, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, zu denen auch das Entstehen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates, der Friedensbasis in Deutschland, gehört, rückgängig zu machen. Zu diesem Zweck betreiben sie mit wachsender Intensität den kalten Krieg, den sie eines Tages in einen heißen, in einen atomaren Weltkrieg überzuleiten hoffen. Ein entscheidender Bestandteil der Führung des kalten Krieges ist — wie in diesem Prozeß nachgewiesen wurde — der organisierte Menschenhandel.

Schon in seinem Urteil vom 27. Januar 1956 — 1 Zst (I) 1/56 (NJ 1956 S. 99 ff.) in der Strafsache gegen Held u. a. hat das Oberste Gericht die Zielrichtung und Gefährlichkeit dieser Störtätigkeit entlarvt.

„Neben der schon in vielen Prozessen vor dem Obersten Gericht festgestellten systematischen Spionage auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet, neben den mit hinterhältigsten Mitteln durchgeführten Sabotage- und Diversionsakten, neben einer gemeinen politischen Hetze gegen alle fortschrittlichen Maßnahmen und Politiker sind die Strategen des kalten Krieges auch dazu übergegangen, in organisierter Form hervorragende Wissenschaftler und Facharbeiter aus der Deutschen Demokratischen Republik abzuführen. Diese Form des Angriffs auf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands verfolgt mehrere Zwecke. Einmal wird dadurch die wissenschaftliche Forschung und die Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik, die der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung dient, gehemmt und dadurch das Vertrauen der Werktätigen zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und auf ihre eigene Kraft beeinträchtigt; zweitens schafft man auf diese Weise für die imperialistische Kriegsindustrie Kader an erstklassigen Spezialisten und Facharbeitern; drittens bietet die Entfernung von Spezialisten die Möglichkeit, die in der volkseigenen

Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelten Patente und neuen Verfahren zu stehlen und zu einer Beute des internationalen Monopolkapitals zu machen, und schließlich viertens wird hierdurch ebenso wie mit den sonstigen Maßnahmen des kalten Krieges die für eine friedliche Wiedervereinigung unbedingt erforderliche Verständigung der Deutschen in Ost und West erschwert, und es werden damit die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten.“

Die politische Ursache für die Verstärkung des Menschenhandels in der Gegenwart ist die Zielsetzung der extremsten militaristischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands, um in ganz Deutschland und im Ausland die positive Wirkung des Deutschen Friedensplanes der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik abzuschwächen, den Abschluß des Friedensvertrages und die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Stadt zu verhindern und vor allem die immer sichtbarer werdende Stabilität der Deutschen Demokratischen Republik zu erschüttern und ihr wachsendes Ansehen im In- und Ausland zu diskriminieren.

Wie die Beweisaufnahme in diesem Verfahren ergeben hat, ist der Hauptträger des organisierten Menschenhandels der westdeutsche Staat mit seinen Dienststellen. Er tritt sowohl als aktiver Organisator auf, fördert aber auch gleichzeitig den Menschenhandel durch andere politische und wirtschaftliche Organisationen. Somit übt er im Interesse der Monopole und großen Wirtschaftsverbände die Funktion des Leiters und Koordinators des Menschenhandels in Deutschland aus. Dazu dient Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, als Hauptumschlagplatz.

Die zentrale staatliche Leitung des organisierten Menschenhandels liegt in den Händen des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen. Ferner spielen der Bundesnachrichtendienst, das Ministerium für sogenannte Vertriebene und Flüchtlinge und andere Dienststellen eine maßgebliche Rolle. Auch Verbände, Organisationen und Interessengemeinschaften organisieren in großem Umfange den Menschenhandel, so z. B. der Mitteldeutsche Wirtschaftsring, der Hochschul-Arbeitsausschuß der Bundesausgleichsstelle, die westdeutsche Ärztekammer und andere. Eine besondere Aktivität entfalten die großen Konzerne, die vielfach sogenannte Pensionskassen als Lockmittel verwenden. Der IG-Farben-Konzern unterhält dazu eigens besondere Ausschüsse. Die imperialistische Presse und der Rundfunk leisten ihren Beitrag, um Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zur Aufgabe ihrer gesicherten Existenz gefügig zu machen und sie in die Fänge der Menschenhändler zu treiben.

Neben den westdeutschen Staatsorganen und sonstigen Einrichtungen und Organisationen organisieren und finanzieren sowohl die westdeutschen als auch die ausländischen imperialistischen Geheimdienste den Menschenhandel.

Die Bundesregierung hat mit dem sogenannten Notaufnahmeverfahren ein raffiniert ausgeklügeltes, lückenloses System geschaffen, das der Erfassung und Erpressung irregelteter Bürger der Deutschen Demokratischen Republik dient. Das sogenannte Notaufnahmeverfahren erfaßt und hält jeden Bürger für Zeit seines Lebens in Westdeutschland fest, um ihn zur gegebenen Zeit zum willfährigen Werkzeug der Kriegsvorbereitung zu machen.